

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Krista Sager, Ekin Deligöz, Kai Gehring,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/11687 –**

### **Partizipation an forschungsrelevanten Entscheidungen verbessern**

#### **A. Problem**

Von der Forschungs- und Wissenschaftspolitik wird gefordert, sich stärker als bislang den Prinzipien von Transparenz und Information, Konsultation und Mitbestimmung zu verpflichten. Diese Forderung zielt auf mehr als nur auf die Ausweitung von Öffentlichkeitsbeteiligung. Vor dem Hintergrund des rasanten gesellschaftlichen Bedeutungszuwachses, den wissenschaftliche Erkenntnisse in den letzten Jahren erfahren, steht das im Wandel befindliche Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Debatte. Forschung und Wissenschaft werden nicht nur als wichtige Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt, Innovation und Wohlstandsentwicklung angesehen, sondern es besteht zunehmend die Erwartungshaltung, dass Wissenschaft Antworten und Lösungen für große gesellschaftliche Fragen und globale Herausforderungen entwickelt.

Vor diesem Hintergrund werden aus unterschiedlichen Richtungen Forderungen nach Transparenz, Mitgestaltung und Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse gefordert.

#### **B. Lösung**

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Impulse zu mehr Transparenz und Partizipation, die im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2012 an die Politik ergangen sind, aufzugreifen und auf eine nachhaltige Basis zu stellen. Ergänzend zu den Vorschlägen des Antrags „Transparenz als verbindliches Grundprinzip in der öffentlich finanzierten Wissenschaft verankern“ (Drucksache 17/11029) solle die Bundesregierung u. a. folgende Maßnahmenschritte umsetzen:

- ein Programm zur Entwicklung und Aufbereitung konzeptioneller Grundlagen für partizipative und inklusive Verfahren im Rahmen von Forschungsagendasettingprozessen aufzulegen;

- laufende Evaluierungen und Professionalisierungen von bestehenden partizipativen Beteiligungsverfahren durchzuführen;
- die Zusammensetzung von Beratungsgremien und anderen Foren, welche die Bundesregierung zur Vorbereitung von Forschungsagenden einsetzt, um Vertreterinnen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft zu erweitern;
- die Erarbeitung eines Konzepts für ein Kooperationsprogramm, das die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft unterstützt, zu initiieren;
- die Erarbeitung eines Konzepts zu initiieren, mit welchem zukünftig auch in der Ressortforschung systematisch Forschungsbedarfe und Forschungsfragen partizipativ identifiziert werden können;
- und schließlich zu gewährleisten, dass eine Aufstockung der Mittel für sozial-ökologische Forschung im Einzelplan 30 um jährlich 5 Prozent erfolgt.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/11687 abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2013

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Ulla Burchardt**  
Vorsitzende

**Tankred Schipanski**  
Berichterstatter

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Dr. Martin Neumann (Lausitz)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Krista Sager**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Tankred Schipanski, René Röspel, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Petra Sitte und Krista Sager

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 214. Sitzung am 13. Dezember 2012 den Antrag auf **Drucksache 17/11687** beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Beratung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Von der Forschungs- und Wissenschaftspolitik werde gefordert, sich stärker als bislang den Prinzipien von Transparenz und Information, Konsultation und Mitbestimmung zu verpflichten. Diese Forderung zielt auf mehr als nur auf die Ausweitung von Öffentlichkeitsbeteiligung. Vor dem Hintergrund des rasanten gesellschaftlichen Bedeutungszuwachses, den wissenschaftliche Erkenntnisse in den letzten Jahren erfahren hätten, stehe das im Wandel befindliche Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Debatte. Forschung und Wissenschaft würden nicht nur als wichtige Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt, Innovation und Wohlstandsentwicklung angesehen, sondern Wissenschaft sehe sich zunehmend der Erwartungshaltung gegenüber, Antworten und Lösungen für große gesellschaftliche Fragen und globale Herausforderungen zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund würden aus unterschiedlichen Richtungen Forderungen nach Transparenz, Mitgestaltung und Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse gefordert.

So bestünde eine veränderte Erwartungshaltung an Wissenschaft und Forschung heute, die nicht nur auf die Ausweitung der Öffentlichkeitsbeteiligung zielt. Zur Debatte stünde ein im Wandel befindliches Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dabei gelte es, die Vielfalt der Wissenschaft zu wahren; schließlich läge Forschung eine eigene Erkenntnisdynamik zugrunde, die im wesentlichen auf der Offenheit von Suchprozessen beruhe. Um ein präziseres Verständnis davon zu entwickeln, wo partizipative Elemente im Forschungs- und Forschungspolitikbereich von Nutzen wären, müsse jedoch zuallererst eine Bestandsaufnahme erarbeitet werden. Dort, wo Agenda-settingprozesse im politischen Raum stattfänden, sei es der Politik aber geboten, gesellschaftliche Stakeholder breit einzubinden. Um mehr partizipative Beteiligung zu erreichen, müssten Konzepte hierfür aufgestellt werden. Schließlich sollten die langjährigen Erfahrungen der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung auf dem Gebiet partizipativer Forschungsstrategien in der Diskussion um eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft genutzt werden.

### III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 96. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11687 mit den Stimmen der Fraktio-

nen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass es im Wissenschaftsjahr 2012 viele Veranstaltungen gegeben habe, die sich den Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz sowie Beiträgen der Forschung zur Transformation der Gesellschaft in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung gewidmet hätten. Deutlich sei dabei geworden, dass auch aus der Zivilgesellschaft heraus verstärkt gefragt würde, wer darüber entscheide, wo, wie und wie viel Geld für welche Fragestellungen und Programme im Forschungsbereich eingesetzt würde. Der Wunsch nach Partizipation an forschungspolitischen Entscheidungsprozessen, z. B. welche Fragen aus der Gesellschaft heraus an die Wissenschaft gestellt würden, nehme zu. Die Wissenschaft habe einen erheblichen gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs erfahren. Auch dadurch sei das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik enger geworden.

Die Forderung nach Partizipation habe durchaus verschiedene Aspekte. Zum einen gehe es darum, wer dort, wo definiert wird, welche Fragen die Gesellschaft an die Wissenschaft herantrage, mitreden könne. Es gehe aber auch darum, die Erfolgsbedingungen für den Transfer von wissenschaftlicher Erkenntnis in die Gesellschaft durch Einbeziehung von Sachverstand aus der Zivilgesellschaft abzuklären und zu verbessern. Schließlich gehe es auch um die Frage, wie an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft nichtwissenschaftliches Wissen und Expertise in der Forschung selbst Berücksichtigung finden könne. Anerkannt werde, dass es einzelne Beispiele für gelungene Dialoge zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gebe, die NanoKommission sei hierfür ein Beispiel oder Veranstaltungen im Zusammenhang mit der sozialökologischen Forschung oder zum Thema Nachhaltigkeit. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei dieser Dialog aber durchaus ausbau- und verbesserungsfähig. Wichtiger Gesichtspunkt dabei sei, Transparenz darüber herzustellen, was, wo, wie und von wem mit öffentlichen Mitteln geforscht werde und wo forschungspolitische Entscheidungen getroffen würden. Dies sei Voraussetzung dafür, Bürgerinnen und Bürgern überhaupt die Option zu eröffnen, sich am Dialog über forschungspolitische Entscheidungen beteiligen zu können.

Notwendig sei, eine Bestandsaufnahme über bestehende Dialogprozesse und die aus ihnen resultierenden Erfahrungen zu erarbeiten. Dann wäre es möglich, weitere Konzepte und Standards für die Weiterentwicklung der forschungspolitischen Partizipation zu entwickeln. Hierbei könnte auf Erfahrung zurückgegriffen werden, die aus der Technikfolgenabschätzung oder auch aus der transdisziplinären Forschung resultierten und die sich bereits mit Fragen, wie nach den Erfolgsbedingungen für den Wissenstransfer, auseinandergesetzt hätten. Man sei als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Meinung, dass Interesse bestehe, zivilgesellschaftliche Kräfte durch „Capacity Building“ zu unterstützen, um ihnen auf Augenhöhe eine Teilnahme an solchen

Dialogprozessen zu ermöglichen. Die Zeit von reiner Akzeptanzkommunikation sei vorbei, statt dessen würde eine echte Beteiligung gefordert, weshalb solche Verfahren auch evaluiert und auch professionalisiert werden müssten. Eine echte Beteiligung bräuchte Spielregeln, sonst seien Enttäuschungen vorprogrammiert.

Gefordert würde in diesem Zusammenhang auch, dass bestimmte Beratungsgremien, die Einfluss auf Forschungsprogramme nähmen, geöffnet werden sollten, um auch anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, jenseits der üblichen Stakeholder, die Möglichkeit der Partizipation zu eröffnen. Eine weitere Idee der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei die Auflegung eines Pilot-Programmes, welches Menschen, die nicht selber in der Wissenschaft tätig seien, die Möglichkeit eröffne, mit innovativen und pionierhaften Projekten über den Weg eines wettbewerblichen Verfahrens Mittel für eigene Forschungsprojekte zu beantragen. So könnten innovative Vorhaben aus der Gesellschaft aufgegriffen werden, die sonst verloren gingen. In der Wissenschaft herrsche für eine Öffnung gegenüber der Zivilgesellschaft und einen solchen Dialog zunehmend Offenheit. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünsche sich außerdem, dass die Einsparung bei der sozialökologischen Forschung rückgängig gemacht würden und dass die sozialökologische Forschung, die über sehr viel Expertise in diesem Bereich verfüge, auch nachholend an den 5-prozentigen Aufwüchsen für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen teilhaben könnten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt fest, dass sich ihre Sichtweise und die der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bezug auf Dialogformen mit der Wissenschaft unterscheiden. Das bürgerliche Lager ginge von einem vertrauensvollen Miteinander zwischen Wissenschaft und Bürgern oder Wissenschaftlern untereinander aus und erachte Transparenz als gegeben. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rede von Misstrauen, von Verdächtigungen und plädiere für umfangreiche Kontrolle. Die Fraktion der CDU/CSU sage, die bestehenden Kontrollmechanismen reichten aus, da man sich der Integrität der Wissenschaftler sehr wohl bewusst sei. Man erwarte von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass konkrete Beispiele benannt würden, dann würde man für Lösungsansätze in konkreten Einzelfällen mit Sicherheit zur Verfügung stehen. So gebe es einen „Code of conduct“, Offenlegungspflichten, Informationsvorschriften und auch die geforderte Transparenz sei vollumfänglich vorhanden.

Der Antrag fordere ein „Agenda Setting“, was bereits thematisiert worden sei. Es existierten Forschungseinrichtungen und Beratergremien, die Akademien, die Räte, das TAB, die regelmäßig im Ausschuss vortrügen und informierten. Eine transparentere Darstellung sei eigentlich kaum noch möglich. Der Abgeordnete Tankred Schipanski verweist auf ein Beispiel aus seinem Wahlkreis, wo es gerade erst eine Bürgerdialogveranstaltung zum Thema „Demographischer Wandel“ gegeben habe. Hier würden Bürger eingeladen, damit diese ihre Ideen einbrächten, die von den anwesenden Wissenschaftlern und regierungsseitig eingebundenen Organisationen aufgenommen und Partizipationsmöglichkeiten gelebt würden. Alles in allem bestände ein gut funktionierendes System was das „Agenda Setting“, die Transparenz und die Partizipationsmöglichkeiten betreffe.

Die **Fraktion der SPD** stellt fest, dass sie die Idee der stärkeren Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an Wissen-

schaft und Forschungspolitischen Entscheidungen für unterstützenswert erachte, habe dies, da es sich durchaus um ein Defizit in der deutschen Wissenschafts- und Forschungspolitik handele, auch wiederholt mitgeteilt. Die Fraktion der SPD glaube, im Vergleich zu anderen Ländern beobachtet zu haben, dass man einen Dialog bereits weiter handhabe, und das nicht nur im Forschungs-, sondern auch im Gesundheitsbereich. Eine Beteiligung könne zweierlei Ergebnisse zeitigen, nämlich erstens eine Prüfung ob das, was an Forschung und Wissenschaft in Deutschland gemacht würde, tatsächlich das sei, was den Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brenne und ob sich am gesellschaftlichen Bedarfen orientiert werde. Zweites könne festgestellt werden, ob es nicht vielleicht Lücken gebe oder Bedarfe innerhalb der Gesellschaft, die als Gegenstand der Forschung noch nicht erfasst worden seien.

Die Fraktion der SPD finde es unterstützenswert, eine Bestandsaufnahme und Evaluierung zu machen. Es gebe natürlich bereits Konsensus-Konferenzen oder Bürgerdialoge, beispielsweise zum demographischen Wandel, die aber nicht dazu dienten, forschungsrelevante Themen aufzuarbeiten, sondern die eher einer Bestandsaufnahme seien. Es sei daher ein durchaus berechtigtes Anliegen, eine Bestandsaufnahme einzufordern und darauf aufbauend zu überlegen, wie Zivilgesellschaft stärker beteiligt werden könne. Gleichfalls stehe man der Idee eines themenoffenen Programms aufgeschlossen gegenüber. Zum Beispiel würden von Bürgerinnen und Bürgern in Bürgersprechstunden interessante Vorschläge gemacht. Die Frage sei dann, wo es für solche Ideen geeignete Ansprechpartner gebe, die die eingebrachten Vorschläge objektiv bewerten könnten. Die Fraktion der SPD unterstütze auch die Forderung nach der Aufstockung der Mittel für sozialökologischen Forschung, da man diese seit langem ebenfalls aufgestellt habe.

Die **Fraktion der FDP** fragt, wie der Dialog mit den Bürgern im Bereich der Forschungspolitik verbessert werden könne. Bürgerbeteiligung sei keine neue Erfindung, sondern in diesem Bereich gebe es schon unendlich viele Möglichkeiten des Bürgerdialoges, worüber gute Erfahrungen und Ergebnisse vorlägen.

Dem Antrag mangle es aus Sicht der Fraktion der FDP an der klaren Benennung der Defizite, wenn auch die Problematik dargestellt worden sei. Auch nehme man mit Befremden zur Kenntnis, dass einerseits von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wiederholt Programme der Regierungskoalition im Bereich Bildung abgelehnt worden seien, nun aber mit diesem Antrag andererseits ein Programm gefordert würde. Die Fraktion der FDP stellt fest, dass viele gute Erfahrungen gemacht worden seien, gute Formate ebenso wie Plattformen existierten, weshalb man die Notwendigkeit des Antrags nicht erkenne. In einem Punkt gebe man der Intention des Antrages recht, ohne allerdings ein Defizit zu erkennen. Dies betreffe den möglichst zeitnahen Einbeziehungsprozess, der zu einer größeren Aufgeschlossenheit in der Gesellschaft und zu mehr Partizipation sowie zu einer Versachlichung kontroverser Debatten mit dem Ziel führen könnte, zu einem besseren Austausch zwischen Bevölkerung und den Entscheidungsträgern in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu gelangen.

Im Bereich der Plattformen könne man nationale und internationale Erfahrungen heranziehen. Es existierten unter-

schiedlich gute Formate in Großbritannien oder auch in den USA. Ebenso existierten Plattformen, wo zivilgesellschaftliche Interessenvertreter an forschungsrelevanten Entscheidungen Beteiligung fänden. Beispielsweise seien im Bereich Biomedizin zahlreiche eigene Bürgerdialogverfahren weiter entwickelt worden, darunter die 2006 initiierte NanoKommission. Man könne sagen, diese Art von Vorläufer sei dem Bürgerdialog ähnlich, wo Akteure der Technikentwicklung aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik mit zivilgesellschaftlichen Interessenvertretern diskutierten. Für einen solchen Prozess sei wichtig, dass aus ihm Handlungsempfehlungen abgeleitet würden. Überflüssig sei die Feststellung, dass zivilgesellschaftliche Interessenvertreter ausgiebig in die Erarbeitung von Forschungsprogrammen einbezogen werden sollten, da dies etwas sei, was tatsächlich bereits stattfinde. Der Antrag vermittele den Eindruck, dass solche Austausch- und Einbindungsprozesse nicht ausreichend existierten. Diesen Eindruck mit der Forderung nach mehr struktureller Einbindung hervorrufen zu wollen, sei jedoch nicht richtig. Gegenstand vieler Debatten sei die Frage, wie die Abgeordneten, das Parlament, in die Diskussion und den Austausch einbezogen werden könnten. Wenn man sich die Situation konkret ansehe, so bestehe sicherlich ein Verbesserungsbedarf. Dies läge aber nicht am Fehlen eines Formats oder mangelnder Strukturen, sondern daran, dass die Qualität inhaltlich erhöht werden müsse.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hält die in Verbindung mit dem Antrag geführte Diskussion als zu eng gefasst. Grundsätzlich stellt sie fest, habe sich in der Gesellschaft in dieser Hinsicht viel bewegt. Zum einen wollten sich viele Gruppen, Verbände und Organisationen an den Diskussionsprozessen beteiligen. Zweitens wollten sie dafür verbindliche Strukturen haben. Diese Gruppen wollten dann aber nicht nur gehört werden, sondern es solle auch ein Ergebnis infolge einer solchen Diskussion erzielt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nähme mit diesem Antrag eine Debatte auf, die während des vergangenen Wissenschaftsjahres geführt worden sei und an der sich vermutlich alle Fraktionen beteiligt hätten. Demokratisierung forschungspolitischer Prozesse habe die Überschrift gelautet. Die Fraktion DIE LINKE. habe festgestellt, dass im Zuge der Diskussionen zivilgesellschaftliche Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht hätten, sich nicht ausreichend an der thematischen Schwerpunktsetzung für große Forschungsprogramme der Bundesregierung beteiligt zu fühlen. Auch das Parlament werde an diesen Programmen prospektiv nicht beteiligt. Mehr Mitsprache über die Verteilung von Mitteln bedeute auch mehr Mitsprache über die Verteilung von Steuergeldern.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ähnele etwas den Papieren, die im Ergebnis der Initiative Forschungswende entstanden seien, allerdings sei er zu unverbindlich. Unverbindlich seien die genannten Punkte der Erstellung eines Konzeptes oder Auflage eines Programmes zur Erarbeitung von konzeptionellen Grundlagen. Im Wissenschaftsjahr habe es eine Menge Hinweise für Diskussionen über staatliche Forschungs- und Innovationsförderungen gegeben, wie diese vor dem Hintergrund des sozialen und ökologischen Wandels und der Nachhaltigkeitsaspekte in der Gesellschaft zu führen wären. Ein Beispiel für eine sol-

che Debatte sei jene, wie sie um das Elektroauto geführt worden sei, wobei ausschließlich die individuelle Ebene diskutiert worden sei. Es seien Milliarden in dieses Programm hineingegeben worden, wobei sogar Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, insbesondere nach den Erfahrungen in den Modellregionen, gesagt hätten, es handele sich um Individualverkehr, es gehe aber eigentlich um Nutz- und Transportfahrzeuge, welche aber nicht Gegenstand des Konzeptes gewesen wären. So sei erstens keine Verkehrswende im Ergebnis konzipiert worden, da – bei Expertengremien in der nationalen Plattform für Elektromobilität von 148 Experten, von denen 111 von der Industrie entsandt worden seien – man nicht nur bestimmt habe, wohin es inhaltlich gehe, sondern auch Zugriff auf die Förderungsmöglichkeiten erhalten hätte, deren Höhe man zudem hätte bestimmen können. Daher müssten die Alltagserfahrungen derer, die in den Kommunen, auf dem Land lebten, mit aufgenommen werden, um dem Übergewicht an Industrielobbyisten etwas entgegenzusetzen.

Die Fraktion DIE LINKE. beabsichtige, im März 2013 einen eigenen Antrag in den Ausschuss einzubringen, der ein Stück weitergehe. Insbesondere habe man die gleichberechtigte Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und NGOs in den Beratungsgremien der Bundesregierung im Blick. Feststellen müsse man auch, dass sich in diesen NGOs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler engagierten, die offenbar an ihren Hochschulen für eine kritische Begleitung von Entwicklungsprozessen gar keinen Platz fänden. Eine solche Einbeziehung gehöre aber zu einer kritischen Wissenschaft. Erreichen wolle die Fraktion DIE LINKE., dass vor dem Hintergrund einer Umschichtung von Forschungsmitteln, solche Anregungen stärker aufgenommen und Transformationsforschung unterstützt werden, wobei das Augenmerk auf sozialer Innovation und Dienstleistung läge. Entsprechende Forschungsprogramme sollten künftig vor dem Hintergrund ihrer strategischen Ausrichtung verbindlich diskutiert werden und eine verbindliche finanzielle Ausstattung erlangen. Fragen wie Open Innovation und Open Access müssten in diese Punkte mit integriert werden, nicht zuletzt, um Rückkopplungspunkte zu schaffen. Letztlich sollten verwaltungsfreie Institute oder freigemeinnützige Träger in die Förderung im Rahmen von Verbundprojekten mit aufgenommen und ihnen auch die Möglichkeit eröffnet werden, direkt Forschungsaufträge mit zu vergeben.

Die **Bundesregierung** verstehe den Antrag so, eine stärkere Transparenz, Information und Partizipation zu ermöglichen, wobei auch NGOs mit einzubeziehen seien. Dies sei ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung, für dessen Umsetzung man bereits vielfältige Vorkehrungen getroffen habe. In Forschungsbereichen, die von hoher gesellschaftlicher Relevanz seien, beabsichtige man, Partizipationsprozesse stärker in die Entwicklung von Forschungsagenden mit einzubeziehen. Auch gebe es ein Programm für Bürgerinnovationen, welches den Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits umsetzen, Bürgern einen Ansprechpartner in Form einer Einrichtung zur Verfügung zu stellen, bei welcher sie ihre Ideen einbringen könnten und welche diese dann auf Forschungsförderung prüfte. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstütze dieses Programm finanziell im Rahmen der Innovations- und Technikanalyse (ITA); verantwortlich sei die Fraunhofer-Gesellschaft.

Der von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgestellten Behauptung, die Mittel für die sozialökologische Forschung seien gekürzt worden, trete man entgegen. Die jetzige Bundesregierung habe die Mittel für die sozialökologische Forschung ausgeweitet und zwar von im Jahr 2005 aufgebrachten 6,8 Mio. Euro auf 19,4 Mio. Euro im Jahr 2012. Im Jahr 2013 würden 20 Mio. Euro für den Bereich der sozialökologischen Forschung investiert werden.

Im Bereich der sozialökologischen Forschung entwickle man Forschungsagenden innerhalb eines sehr partizipativen Prozesses. Beispielsweise sei im März 2012 eine Agenda-Konferenz durchgeführt worden, an der rund 200 Wissenschaftler, Personen aus NGOs und Vertreter aus der Wirtschaft teilgenommen hätten. Seither hätten fast 1 000 Fachleute aus der Wissenschaft und aus NGOs das entsprechende Memorandum der Fachszene mit unterschrieben.

Darüber hinaus seien „Soziale Innovationen“ in Deutschland zum Gegenstand eines gleichnamigen Projektes geworden, in dessen Mittelpunkt vor allem gesellschaftliche Herausforderungen, insbesondere übergreifende Kooperation zwischen Unternehmen und NGOs, stünden.

Ein weiteres Feld, auf welchem ein breit angelegter Agendaprozess vorangetrieben worden sei, sei die Entwicklung der „Nationalen Plattform Zukunftsstadt“, die die CO<sub>2</sub>-neutrale resp. CO<sub>2</sub>-arme Energie- und ressourceneffiziente Stadt als Zielperspektive habe. Am 5. März 2013 sei die Gründungsveranstaltung vorgesehen, wobei sich alle relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen, z. B. Naturschutzbund, NABU oder German Watch, engagieren wollten.

Mit Blick auf die Forderung der Fraktion der SPD, eine Bestandaufnahme zu Bürgerbeteiligungsformaten anzufertigen, verweise man darauf, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung dies bereits tue, indem ein entsprechendes Verbundprojekt partizipativer Verfahren existiere. Dieses würde mit 1,1 Mio. Euro gefördert.

Berlin, den 27. Februar 2013

**Tankred Schipanski**  
Berichterstatter

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Dr. Martin Neumann (Lausitz)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Krista Sager**  
Berichterstatterin

